

„Krass rechtswidrig“

Putins Intimfeind Michail Chodorkowski müsste 2014 freikommen, doch die Justiz bereitet schon den nächsten Prozess vor. Auch ein deutscher Jurist gerät ins Visier der Ermittler.

Der Lufthansa-Flug LH 2996 verließ Hamburg am 30. September planmäßig um 11.05 Uhr, das Ziel: der Flughafen Wnukowo im Südwesten Moskaus. Auch Rechtsprofessor Otto Luchterhandt aus Lüneburg hatte Plätze im Airbus gebucht: für sich, seine Frau, den Sohn und die Schwiegertochter. Die Familie machte sich auf den Weg in Russlands Hauptstadt, Luchterhandts Platz aber blieb dann doch leer – der Jurist hatte sich im letzten Moment nach einer Warnung aus dem Umfeld des Bundeskanzleramts entschieden, nicht einzusteigen.

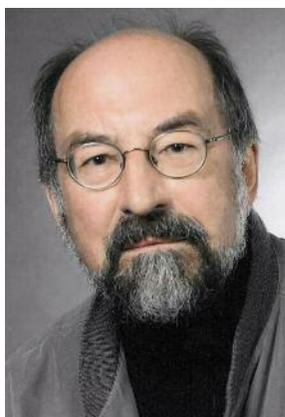
Der Grund war ein Schreiben des Ermittlungskomitees der Russischen Föderation „an die zuständigen Behörden der Bundesrepublik Deutschland“. Das Komitee ist der wichtigste Handlanger der russischen Staatsanwaltschaft und für „Schwerverbrechen“ zuständig. Es untersteht direkt dem Präsidenten, geleitet wird es von einem früheren Kommilitonen Wladimir Putins. Die Russen baten in dem Brief, dringend den 1943 in Celle bei Hannover geborenen Luchterhandt vernehmen zu dürfen – und zwar im Strafverfahren 18/41-03, „zu dem dieses Rechtshilfeersuchen gerichtet wird“.

Die Strafsache 18/41-03 ist das Verfahren gegen den Ex-Chef des russischen Erdölkonzerns Jukos, Michail Chodorkowski. Der russische Staat verurteilte ihn in zwei Prozessen zu fast elf Jahren Haft – im August kommenden Jahres müsste er entlassen werden. Doch die Zweifel wachsen, dass daraus etwas wird. Und Luchterhandt könnte in dem Verfahren schnell mal selbst in einem russischen Gefängnis landen.

Denn die Causa Chodorkowski war nie eine rein juristische Angelegenheit. Der Oligarch, einer der schärfsten Kritiker von Wladimir Putin, hatte vor seiner Verhaftung Oppositionsparteien finanziert und engste Vertraute Putins öffentlich der Korruption bezichtigt. Die deutsche Justizministerin Sabine

Leutheusser-Schnarrenberger, die bis 2009 Berichterstatlerin für den Europarat im Fall Chodorkowski war, hält den „politischen Hintergrund für ganz offenkundig“.

Das Rechtshilfeersuchen in Sachen Otto Luchterhandt verstärkt Zweifel daran, dass Putin eine Rückkehr Chodorkowskis ins öffentliche Leben zulassen wird – solange er an der Macht ist. Denn in dem Schreiben steht auf Seite eins: „Die Untersuchung in diesem Strafverfahren geht weiter.“ Die ins Ausland geflüchteten „Glieder der organisierten Gruppe unter Leitung Chodorkowskis“ seien dabei, gestohlene Ölmilliarden zu waschen und mit diesen Geldern russische und ausländische Experten zu kaufen. Diese sollten die öffentliche Meinung in Russland auf die „Notwendigkeit der Liberalisierung der Strafgesetzgebung vorbereiten“, zugunsten von Chodorkowski. Zu den ausgewählten Wissenschaftlern gehöre Luchterhandt, der bereits in den vergangenen Jahren „einige Ereignisse in Russland öffentlich kritisiert“ habe, wie es vorwurfsvoll heißt.



Professor Luchterhandt
„Erlogene“ Behauptungen?

Das Papier, unterzeichnet vom „Untersuchungsführer für die Ermittlung von besonders wichtigen Straftaten gegen die Staatsmacht“, Oberst der Justiz F. G. Ganijew, liest sich wie die Blaupause für einen dritten Chodorkowski-Prozess.

Der erste war 2005 mit einem Urteil wegen „schweren Betrugs und Steuerhinterziehung“ zu Ende gegangen. Der zweite kam 2010 zu dem Schluss, Chodorkowski und seine engsten Mitarbeiter hätten über 200 Millionen Tonnen Erdöl gestohlen und sich mehr als 20 Milliarden Dollar angeeignet. Im dritten würde er wohl – das legt das Schreiben an die Deutschen nahe – als Boss eines internationalen Netzwerks angeklagt, das angeblich gegen den russischen Staat arbeite.

Zentraler Punkt der Untersuchungen sind mehrere unabhängige Gutachten

aus dem Jahr 2011, die das Urteil im zweiten Chodorkowski-Prozess für unrechtmäßig erklären. Angefordert hatte die Expertise pikanterweise Putins politischer Ziehsohn, der damalige Präsident Dmitrij Medwedew.

Medwedew wollte der internationalen Kritik die Spitze nehmen und übertrug die Aufgabe seinem Beirat für Menschenrechte. Der bat „hochqualifizierte Fachleute im Bereich Verfassungs-, Strafprozess- und Unternehmensrecht“, das Urteil zu prüfen. Angesprochen wurden sechs russische und drei ausländische Experten, darunter der Deutsche Luchterhandt, ein Fachmann für Ostrecht.

Die Gutachten waren vernichtend für Russlands Justiz. Luchterhandt kam zu dem Schluss: Das zweite Chodorkowski-Urteil „ist zutiefst ungerecht. Es verstößt massiv gegen justizielle Grundprinzipien des Rechtsstaates. Zweitens ist es auch deswegen krass rechtswidrig, weil es die Angeklagten wegen Straftaten verurteilt, die sie nicht begangen haben“.

Medwedew leitete die Gutachten an die zuständige Justizbehörde weiter. Die wies die Kritik zurück – und überließ den Fall wieder dem Ermittlungskomitee. Das knöpfte sich nun die Verfasser der Expertisen vor, zuerst nur die russischen. Der Vorwurf: „Behinderung der Justiz“. Zugleich wurde gestreut, Chodorkowski habe verschiedenen Rechtsexperten aus dem hinterzogenen Vermögen 50 Millionen Rubel zahlen lassen, 1,2 Millionen Euro.

Im Spätsommer 2012 tauchten in den Büros der russischen Experten die ersten Ermittler mit Durchsuchungsbefehlen auf. Sie beschlagnahmten Computer, Mobiltelefone, den E-Mail-Verkehr und sogar Diplome und Reisepässe, um die „erlogenen“ Behauptungen der Juristen zu widerlegen.

Einer der Experten, der Moskauer Hochschulrektor Sergej Gurijew, floh angesichts der Ermittlungen sogar nach Paris. Putin, inzwischen wieder selbst Präsident, war über das harte Vorgehen im Bilde.

Der Fall Otto Luchterhandt zeigt: Jetzt geraten auch die ausländischen Experten ins Visier der russischen Staatsanwaltschaft. Noch geht es darum,



HANS-JÜRGEN BURKARD / PHOTOPROJECTS

Ölmagnat Chodorkowski im Helikopter 1997: „Wenn ich etwas vorhabe, dann erledige ich das gleich“

den Deutschen als „Zeugen“ zu vernehmen. Die 37 Fragen aber, die ihm gestellt werden sollten, klingen wie ein vorweggenommenes Urteil. Da ist davon die Rede, dass Luchterhandt ein „Kritiker der Staatsorgane der Russischen Föderation“ sei, „nicht objektiv“, sondern durch Geldzahlungen „abhängig“ von Chodorkowskis Vermögensverwaltungern.

Deutschland wies das Rechtshilfersuchen am 24. September zurück. Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger begründet die Entscheidung ihres Ministeriums damit, dass das russische Vorgehen in der Causa Chodorkowski zu „wesentlichen deutschen Rechtsgrundsätzen im Widerspruch“ stehe. Im Übrigen sei der russischen Justiz in diesem Fall aus Erfahrung nicht zu vertrauen: „Man weiß nicht, ob man nach einer Vernehmung in Moskau am Abend noch im Zeugen-Status ist oder schon Beschuldigter.“ Dieser Gefahr dürfe man Luchterhandt nicht aussetzen.

CHRISTIAN NEEF

Einige der Redner forderten Ihre Freilassung, einige wenige Demonstranten sahen in Ihnen die charismatische Führungsperson, fähig, die zerstrittene Opposition zu einen. Hegen Sie solche Ambitionen?

Segescha, im Januar 2012

Sehr geehrter Matthias, Vorsätze habe ich nie gemocht. Wenn ich etwas vorhabe, dann erledige ich das gleich. Geplantes auf die Zukunft zu verschieben ist ein Zeichen der Unentschlossenheit. Lass bleiben, was du nicht schaffst! Was die Protestbewegung anbetrifft, so wundere mich, wie lange meine jungen, gutsituierten Mitbürger all diese Demütigungen über sich ergehen ließen. Auch für Proteste braucht die Gesellschaft Erfahrung. Die neue Generation der Russen macht diese gerade.

Ich halte gewaltlose Proteste für eine erfolgversprechende Strategie. Die Menschen müssen von der Obrigkeit fordern, Gesetze und Moral zu achten, die Institutionen des Rechtsstaats wieder aufzubauen, einschließlich einer unabhängigen Justiz und ehrlicher Wahlen.

Ich denke, Putin ist nicht mehr flexibel genug. Seine Zeit neigt sich dem Ende zu.

Falls er früh genug und friedlich ausscheidet, wird sich Russland auch weiterhin in Richtung Demokratie bewegen. Zieht sich dieser Prozess in die Länge, wachsen die Spannungen. Die politischen Lager radikalisieren sich. Es könnte dann zu einer Revolution unter den Fahnen rechter National-Chauvinisten kommen. Sie haben viele Verbündete bei Polizei, Justiz und Geheimdiensten.

Mein Ehrgeiz liegt nicht im Kampf um die Macht. Im Laufe meines Lebens habe mich daran satt gegessen. Ich will aber für die Grundwerte wie persönliche Freiheit und Menschenrechte kämpfen.

In den Zeitungen der Region hier sind übrigens auch positive Artikel über mich zu lesen. Ich wünsche Ihnen alles Gute im neuen Jahr.

Moskau, im Februar 2012

Sehr geehrter Michail Borissowitsch, ich habe den deutschen Rechtsprofessor Otto Luchterhandt besucht, der im Auftrag des Menschenrechtsrates von Präsi-